



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XI/79 - 5. April 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 089 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Der Traum von der Aktionseinheit	S. 1
Die deutschen katholischen Bischöfe und das Reichs- konkordat	S. 3
Zu Adlai E. Stevensons "Die Bürde Amerikas"	S. 5
Sturm um Gruenther	S. 7

Anbiederung ohne Aussicht

PR. "Es ist nicht wahr, wenn jemand denkt, wir wollen - wie nennt man das? (Zuruf: Unterwandern, infiltrieren!) die Infiltration in der SPD." Dieser Satz mit der albern-biedermännischen Zwischenfrage entstammt einem Bericht in "Neuen Deutschland" über einen Diskussionsbeitrag Walter Ulbrichts, gehalten in einer Sitzung von Mitgliedern des Politbüros der SED mit angeblichen Sozialdemokraten aus der Bundesrepublik. Bei diesen handelt es sich in Wahrheit um westdeutsche Kommunisten und Mitglieder kommunistischer Tarnorganisationen.

Der Bericht erschien vier Tage nach einem langen Artikel in der "Prawda", der ebenfalls einen massiven Vorstoß zur Vorbereitung jener sozialdemokratisch-kommunistischen Aktionseinheit darstellt, die seit einiger Zeit das erklärte Ziel aller kommunistischen Sehnsucht ist. Der Artikel in dem russischen Organ entwickelt diese Idee in leidlich gemessener Form, mit einigen wehmütigen Erinnerungen an die Volksfrontzeit in Frankreich und einigen rührender Sentenzen. Der Bericht der SED-Zeitung aus Ostberlin aber vermittelt den peinlichen Eindruck einer Orgie an ideologischer Selbstbefriedigung enttäuschter Funktionäre, die sich einige Diskussions-Statisten bestellt haben, um glauben zu machen, sie seien bereits mit dem so keise umworbenen Partner in Gespräch.

Der Versuch ist ja nicht neu. Man hält die Stunde der Leichenschändung an dem solange vergötterten Stalin aber für besonders gut gewählt - auch dies ein bezeichnender Irrtum. Überraschend freilich ist, wie schamlos um die Zuneigung eines Partners gebuhlt wird, an dem man jahrelang kein gutes Haar liess, um die Gunst der SPD. Hier stösst man

auf Gesinnungslosigkeit in einem Umfang, die nur abstossend wirken kann. Auch Ulbricht spürt das. Deshalb empfahl er auch in seinem Diskussionsbeitrag auf jener Tagung - seine Worte waren natürlich nicht an die anwesende Komparserie, sondern an die breite Öffentlichkeit gerichtet - sich an einen Tisch zu setzen und "die Vergangenheit ruhen zu lassen, auch wenn es manche bitteren Erinnerungen gibt." Das könnte allerdings ihm und seinen Freunden so passen. Vergessen zu machen, was an politischer Willkür und Brutalität, begangen an Hunderttausenden eigener Landsleute in den vergangenen zehn Jahren, das Gesicht dieses Regimes bestimmt hat, vergessen zu machen, welches Unmass an geistigem Terror und fachlichem Unvermögen auf den verschiedensten Gebieten den Menschen (soweit sie nicht zum Stand des gehobenen Funktionärs gehören) das Leben oft bis zur Unerträglichkeit schwer machen, so dass in dieser Zeit fast drei Millionen selbst unter Inkaufnahme grösster persönlicher Risiken nach Westdeutschland zu kommen versuchten.

Triumphierend rief Ulbricht aus: "Die Bourgeoisie in Westdeutschland kann keinen solchen Volkswirtschaftsplan für fünf Jahre machen wie wir!" - Pläne machen, ja, das können sie. Aber mit der Praxis und der Wirklichkeit sind sie nie fertig geworden. Die deutsche Sozialdemokratie in der Bundesrepublik hat gewiss allen Anlass, mit vielen Zuständen in diesen Teil Deutschlands unzufrieden zu sein und sie wird nicht aufhören, auf Mißstände, wo sie nach ihrer Ansicht bestehen, hinzuweisen und für ihre Beseitigung einzutreten. Aber der Versuch, diese Kritik in Zustimmung zu kommunistischen Rezepten, die immer wieder durch die Tatsachen widerlegt wurden und zu den sogenannten Errungenschaften der DDR umzumünzen, ist lächerlich und von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Diese Einstellung kennzeichnet auch die Haltung der freien sozialistischen Parteien ausserhalb Deutschlands. Es ist nicht anzunehmen, dass etwa für die britischen oder skandinavischen Arbeiter der Appell in dem erwähnten "Prawda"-Artikel, "eine sachliche und aufrichtige Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und kommunistischen Parteien mit dem Ziel der Festigung der Position der sozialistischen Kräfte herzustellen", irgendwelchen Reiz besitzt. Denn in diesen Aufrufen und Anbiederungsmanövern wird in geradezu inflationistischer Weise mit Begriffen operiert, die zum mindesten in der westlichen Welt absolut verstaubt wirken und mit denen man keinen Hund mehr hinter dem Ofen

hervorlocken kann.

Im viel gerühmten "Arbeiter- und Bauernstaat", von dem auf der erwähnten Tagung in Berlin soviel die Rede war, ist gerade die Arbeiterklasse - die Bauern sind nach ihrer Zahl und ihrer Stellung ohnehin hoffnungslos dezimiert - nur das Objekt eines "Staatsapparates im Dienste einer Partei, deren Führung sich den Namen Regierung beigelegt hat", nichts anderes. Mit dieser Führung gibt es für die freiheitlich deutsche Sozialdemokratie keine Gemeinsamkeit oder gar Aktionseinheit von der Art, wie diese Leute sie sich erträumen.

* * *

"...entschlossen, Ihr Erneuerungswerk zu unterstützen"

sp. SPD und FDP haben im Bundestag eine Grosse Anfrage eingebracht, mit der sie Aufklärung über die von der Bundesregierung gegen das Land Niedersachsen angestrebte Verfassungsklage verlangen. Ziel dieser Klage ist die Feststellung der Rechtsverbindlichkeit des im Jahre 1933 zwischen Hitler und dem Kl. Stuhl abgeschlossenen Reichskonkordates. Da auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beabsichtigt, die Klage in den nächsten Wochen zu verhandeln, wird sich die deutsche Öffentlichkeit mit dem Für und Wider der Gültigkeit des Konkordates in den kommenden Monaten immer wieder beschäftigen. Das soll an dieser Stelle nicht geschehen.

Die Einwände gegen die Rechtsgültigkeit des Reichskonkordates werden von katholischer kirchlicher Seite bestritten und als "böswillig", "unwahr" und "jeder Grundlage entbehrend" abgelehnt. - Es ist daher gewiss von Interesse, einmal nachzulesen, was die katholischen Bischöfe Deutschlands damals über das Reichskonkordat dachten. Am 20. August 1935 richtete die Fuldaer Bischofskonferenz an "den Führer und Reichskanzler" eine Donkschrift, die von sämtlichen Bischöfen unterzeichnet war. Darin hiess es u.a.:

"Die feierlichste Erklärung, dass Sie keinen Kulturkampf wollen, und kulturpolitische Nebenregierungen nicht dulden werden, war der Abschluss des Reichskonkordates mit dem Hl. Stuhl, eine Gross-tat ohne gleichen in der deutschen Geschichte, und ein offenes Bekenntnis, dass Sie mit starker Hand alle Hemmungen abräumen wollen, die dem vollen Einsatz der im Katholizismus ruhenden -4-

Kräfte entgegenstehen. Damit war ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis zwischen dem Oberhaupt der Kirche und der deutschen Reichsregierung hergestellt..."

Die Bischöfe beschwerten sich sodann über eine nichtsdestoweniger um sich greifende Kirchenfeindlichkeit des NS-Regimes und meinten in diesem Zusammenhang:

"Wir haben zu Ihnen, Herr Reichskanzler, das Vertrauen, dass Sie dieser Hetze gegen das Papsttum ein Ende machen. Mit Ihnen hat der Papst Pius XI., als erster Souverän des Auslandes, durch das Reichskonkordat den Handschlag des Vertrauens getauscht. Ihnen hat Papst Pius XI. in Konsistorium vor aufhorchenden Vertretern anderer Nationen das hohe Lob ausgesprochen, dass Sie als erster Staatsmann mit ihm vor Bolschewismus abtrüben. Millionen im Ausland, Katholiken wie Nichtkatholiken, haben, auf die Vertrauenskundgebungen des Papstes hin, das anfängliche Mißtrauen überwunden und Vertrauen zu Ihrer Regierung gefasst.

Es wäre für das deutsche Volk ein Verhängnis von unabsehbarer Tragweite, wenn die friedliche, im Konkordat verbürgte Zusammenarbeit wieder abgebrochen und durch förmliche oder tatsächliche Aufkündigung des Konkordates dieser einzigartige, weltgeschichtliche Erfolg Ihrer Regierung, im Vergleich mit unseren westlichen Nachbarn und anderen Ländern, wieder preisgegeben würde. Herr Reichskanzler, Sie dürfen das Vertrauen des Papstes nicht enttäuschen, und das Reichskonkordat, diese erste aussenpolitische Großtat von Ihnen, nicht zerbrechen.

Mit Nachdruck haben die Bischöfe in der Denkschrift hervor, dass sie die von Hitler-Staat erwartete Gegenleistung nach wie vor zu bringen bereit sind:

"Es kann unmöglich die Absicht der Staatsregierung sein, mit dem neuen Stichwort vom politischen Katholizismus die Katholiken von dem inneren Erleben der Wende in unserem Volke und von dem äusseren Mitwirken in der Staatsgemeinschaft auszuschliessen. Erst recht nicht die Bischöfe, die den Bischofseid des Reichskonkordates schwören..."

Wir sind nach wie vor gewillt und entschlossen, in bejahender Einstellung zum Staat mit den unvergleichlichen Kräften der katholischen Religion... Ihr Erneuerungswerk zu unterstützen".

Ganz ohne "Kreuzritterleidenschaft"

sp. W. Adlai E. Stevenson unterlag 1952 Eisenhower bei den Wahlen um die Präsidentschaft. Er wird aller Voraussicht nach in diesem Jahr wieder der Gegenspieler des Präsidenten sein, obwohl er kürzlich bei den Vorwahlen in Kalifornien gegenüber dem demokratischen Senator Kefauver den Kürzeren zog. 1953 besuchte er 30 Länder zwischen Seoul und Berlin. 1954 schrieb er darüber ein kleines Buch. Jetzt erst liegt es in deutscher Sprache vor. Es ist ein auf etwa 100 Druckseiten im Kleinformat kompakter weltpolitischer Überblick von äusserster gedanklicher Prägnanz, von tiefem Ernst, was den Inhalt und von bestechender Eleganz, was die Form betrifft. Die kleine Mühe der Lektüre, die im Grunde ein Vergnügen ist, lohnt sich. ("Die Bürde Amerikas" Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln, Preis: DM 7,80)

Zunächst einmal ist Stevenson lebendig und anschaulich, wie selten ein politischer Schriftsteller. Dafür Beispiele: Die Welt sei heute, um die Jahrhundertmitte, wie eine Trommel: Wenn man sie an irgendeiner Stelle rührt, dröhnt sie überall. Stevenson spricht dann einmal von den Kräften des Atoms und sagt: "Das goldene Zeitalter steht vor der Tür, aber im Hause herrscht Angst und Unruhe." Oder, an anderer Stelle: "Wir stehen alle in engster Tuchfühlung - mit der Wasserstoffbombe in der Tasche." Mittelstück und Höhepunkt des kleinen Buches ist die Schilderung des die Welt beherrschenden amerikanisch-russischen Gegensatzes. Stevenson sagt dazu ganz beiläufig "...da erhob sich zu unserer peinlichen Überraschung der ungetreue russische Bär, unser alter Waffenkamerad, und biss uns in die Hand, mit der wir ihn gefüttert hatten." Er warnt davor, die neuen russischen Herren mit Hitler zu vergleichen, der "in naivster Weise irrational und romantisch bis zum Selbstmord war" und sagt: "Vieles stützt die Annahme, dass der Krenl auch ohne Stalin mehr ein Buchmacher als ein Wetter gleicht."

Stevenson ist ein vorbehaltloser Gegner des Kommunismus, der sowjetischen Methode wie des sowjetischen Prinzips. Aber er ist ein Realist und in der Analyse vollkommen nüchtern. Deshalb ist er auch höchst unzufrieden mit den bisher angewandten, oft ebenso stupiden wie fruchtlosen Mitteln seiner Bekämpfung. So schreibt er an einer Stelle:

"Diese Revolution gesteigerter Wünsche und Hoffnungen (in Asien), dieses Bewusstsein, dass eine Besserung der Verhältnisse möglich ist, diese Forderung an Wissenschaft und Technik, schnell und - 6 -

gründlich einzugreifen - das alles ist keine Erfindung des Kommunismus, sondern eine Folgeerscheinung unserer eigenen industriellen Revolution und unseres materiellen Aufschwungs."

Stevenson, wie gesagt, hat mit dem Kommunismus nicht das geringste im Sinn. Später heisst es einmal:

"Wir haben dem Kreml gegenüber einen gewaltigen Vorteil; während die Sowjets nichts mehr wünschen als die Welt zu beherrschen, wünschen die Vereinigten Staaten nichts weniger, als dies. Dass wir diese Tatsache mit Würde, aber Bescheidenheit klar herausstellen können, ist unser grösstes Plus."

Über das amerikanische Verhältnis zu unserem alten Kontinent heisst es:

"Europa pocht jetzt auf seine Unabhängigkeit und trumpft uns gegenüber auf. Wir, die wir einst unsere Unabhängigkeit von Europa erkämpft haben, sollten eigentlich nicht überrascht sein, wenn sich Europa nun dagegen wehrt, von uns beraten, gegängelt und geführt zu werden."

Zwei weitere Bemerkungen, die haften bleiben:

"Die Vereinigten Staaten werden sich bald über die Bedingungen äussern müssen, unter denen sie bereit wären, mit Rot-China auf der Grundlage des Leben und Lassen zusammenzukommen. Die ideologische Auseinandersetzung würde bei der Schaffung eines solchen Verhältnisses allerdings wohl ebenso wie in Europa noch lange weitergehen."

Sehr bezeichnend für seine Art zu denken ist dann die Feststellung:

"In der Weltpolitik kommt man mit Imperativen und einer Schwarz-Weiss-Zeichnung nicht weiter. Es ist für uns eine schwere, aber nützliche Aufgabe, eine aufgeschlossene, elastische Haltung anzunehmen, unsere Kreuzritterleidenschaften abzulegen und uns unsere Vorliebe für jene Schlagworte abzugewöhnen, die eine Kompromissbereitschaft für unmoralisch erklärt."

Schliesslich das Bekenntnis eines wirklich klugen Politikers:

"Weder ist unsere Macht absolut, noch unser Urteil unfehlbar. Wenn wir vorgehen, als hätten wir ein Monopol auf Macht und Wahrheit, werden wir bald entdecken, dass uns nur ein Monopol auf hoffnungslose Isolation bleibt. Massvoller Einsatz unserer Macht, mitfühlendes Verständnis für die Freiheitssehnsucht der Völker, bescheidenes Angebot unseres Gedankengutes und unseres Glaubens - darin liegen die wahren Kräfte Amerikas und darauf beruhen die starken Hoffnungen, die man auf unsere Zivilisation setzt. Bis das Ziel erreicht ist, wird dauernde Gefahr unser Los und unsere Situation sein."

Ein politisches Buch, vor zwei Jahren geschrieben, und heute von stärkster aktueller Reiz - das ist, zumal in unserer schnelllebigen Welt, vielleicht der beste Beweis seines Wertes.

Verlegenheit in Bonn - Empörung in Holland

ler. Über den Oberbefehlshaber der NATO, General Gruenther, braut sich ein Sturm zusammen. Im Bonner Bundesverteidigungsministerium herrscht peinliche Verlegenheit, im holländischen Senat geradezu Empörung. Sie machte sich in recht kräftigen Worten Luft. Ein Senator drückte seine Gefühle so aus:

"Wie kann er, (General Gruenther) erwarten, dass dieses Parlament die NATO weithin unterstützt, wenn er sagt, dass wir geopfert werden sollen. Unsere Position ist damit grundlegend entwertet und gefährdet."

Diese erbitterten Worte fielen an dem gleichen Tage, an dem in Düsseldorf und Paris anlässlich des siebenten Gründungstages der NATO NATO-Soldaten, darunter auch zum ersten Male westdeutsche, zu glanzvoller Parade angetreten waren.

Man sieht: Die stärksten Schläge gegen die Zwecksetzung dieses atlantischen Verteidigungsbündnisses, dazu bestimmt, das freie Westeuropa und die Hälfte Deutschlands vor kommunistischer Überflutung zu schützen, werden nicht von kommunistischen Agenten und Neutralisten geführt, sie kommen sozusagen von innen her. Diesmal von der obersten Führungsspitze. Was auch immer der General Gruenther sagen wollte, er löscht den verheerenden Eindruck nicht aus, den seine Ausführungen über die gegenwärtige NATO-Strategie hinterliessen. Auch nicht mit unklarem Dementis und auch nicht durch kräftiges Händeschütteln mit westdeutschen Soldaten, wie es in Paris geschah.

Ein Gutes hat der oberste Befehlshaber der NATO, wenn auch ungewollt, dennoch bewirkt. Die Diskussion um die Zweckmäßigkeit der bundesrepublikanischen NATO-Verpflichtungen hat dadurch neuen und kräftigen Auftrieb erfahren. Die unheimliche Aussicht, im Falle des Falles erst überpolt und nachher "befreit" zu werden, muss alle aufrütteln, die in der Militär-Politik nicht die Aufforderung zum kollektiven Selbstmord erblicken. An dieser Diskussion über Lebensfragen wird auch das Bundesverteidigungsministerium nicht vorbeikommen. Denn es ist nicht vorstellbar, dass es alle seine Energien auf die Verwirklichung eines strategischen Planes konzentriert, der im Ernstfall mit tödlicher Sicherheit das Ende unseres Volkes herbeiführen würde.

* * *